

GERTRAUD GRÜNZINGER

BERICHT ÜBER DIE ABSCHLUSSTAGUNG
„DIE ROLLE DER EVANGELISCHEN KIRCHE
IM GETEILTEN DEUTSCHLAND“*

In seiner Einführung betonte Prof. Dr. Harald Schultze, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates, Ziel des Projektes sei es gewesen, die Geschichte des Protestantismus in beiden deutschen Staaten zu beleuchten. Den Kontakten im Kirchenbereich sei im geteilten Deutschland eine besondere Bedeutung zugekommen, da sie breit und staatlich nicht gesteuert waren. Auf einem Empfang des Rates der EKD dankte dessen Vorsitzender Präses Manfred Kock Herrn Schultze und dem wissenschaftlichen Beirat für dessen verdienstvolle Tätigkeit (vgl. den Abdruck des Grußwortes S. 13–15).

Prof. Dr. Wolfgang Benz (Berlin) gab in seinem einführenden Vortrag einen Überblick über die „Deutsche Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konfliktes“. Dabei ging er insbesondere auf die Konfrontation der beiden Staaten im Kalten Krieg, ihren Umgang mit der NS-Vergangenheit sowie die „Vereinigungskrise“ nach 1989 ein. Während des Kalten Krieges war der Alleinvertretungsanspruch die schärfste Waffe Bonns gewesen, wohingegen die DDR ihren Antifaschismus als moralisches Prinzip ins Feld führte. Solche Legitimationsstränge zögen sich bis in die Gegenwart. Derzeit sei das wechselseitige Bild von Ost- und Westdeutschen noch sehr stark von Vorurteilen geprägt. Fehlinformationen und Propaganda erzeugten Klischees mit Langzeitwirkung.

An Benz' Vortrag schloss sich die Vorstellung der fünf Forschungsarbeiten des Projektes an.

1.) „Tabu der Einheit? Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und deutsche Frage“. Unter diesem Titel untersuchte Dr. Claudia Lepp (München) Vorstellungen und Praxis kirchlicher und nationaler Einheit im deutschen Protestantismus vom Kriegsende 1945 bis zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) 1969. Auf der Tagung stellte die Historikerin zwei Ausschnitte ihrer Arbeit etwas genauer vor. Zunächst beschrieb sie die protestantische Begegnungskultur im Jugend- und Studentenbereich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre und den sich in ihr abzeichnenden Entfremdungs-

* Abschlusstagung, veranstaltet vom Wissenschaftlichen Beirat für das Forschungsprojekt der EKD und der Evangelischen Akademie zu Berlin vom 22. bis 24. November 2001.

prozess. Hatte man in den Jahren zuvor befürchtet, von den Bundesdeutschen „abgeschrieben“ zu sein, so kam es in dieser Phase unter den Christen in der DDR zu Abwendungstendenzen gegenüber Westdeutschland. Der kirchliche Westen war nicht mehr selbstverständlich die Norm, an der sich der kirchliche Osten maß. Ein zweites Schlaglicht warf Lepp auf die Deutschlandpolitik der 60er Jahre und den sich darin spiegelnden Wertewandel. In der Zeit nach dem Mauerbau wurden Frieden und Versöhnung zu den dominierenden Leitideen deutschland- und ostpolitischer Initiativen im protestantischen Bereich. „Volk“, „Nation“ und „Vaterland“ traten hinter ihnen zurück und erfuhren im ost- und westdeutschen Protestantismus eine je kontextgebundene Pazifizierung und Demokratisierung. In den ostdeutschen Kirchen lag der Schwerpunkt auf einer Befriedung des Nationalbewusstseins. So erfolgte die „Entzauberung“ des Vaterlandbegriffs vornehmlich in Stellungnahmen zu Friedens- und Wehrdienstfragen, wie etwa in der Handreichung „Zum Friedensdienst der Kirche“ von 1965. In der Bundesrepublik wurden die Ostdenkschrift und die Debatte um Schuld und Versöhnung zu Katalysatoren der im westdeutschen Mehrheitsprotestantismus vollzogenen Neubestimmung des Nationalen. Diese war 1945 eingeleitet worden und erfuhr Ende der 60er Jahre eine deutliche Beschleunigung: Volk, Nation und Vaterland wurden in der Vorstellungswelt der westdeutschen Protestanten insgesamt säkularer und sekundärer. Die Nation wurde hinsichtlich ihrer Binnenordnung demokratischer und pluraler sowie im Hinblick auf ihre Außenbeziehungen pazifistischer gedacht. Zunehmende Deutungskraft erhielt auch die Vorstellung von einer historisch-moralischen Identität der Deutschen als „Haftungsgemeinschaft“. Deutschlandpolitisch relevant wurde das neue Nationsverständnis in der Studie „Die Friedensaufgaben der Deutschen“ von 1968. In ihr wurde der Friede zum höchsten Grundwert der deutschen Nation erklärt und die Friedensförderung zu ihrer zentralen Aufgabe. Das Fernziel dieser so definierten Nation sollte keine nationalstaatliche „Wiedervereinigung“ mehr sein, sondern die Neukonstituierung einer ihrer historischen Verantwortung bewussten „politischen Gemeinschaft“ der Deutschen.

In der sich anschließenden Diskussion wurden nochmals Fragen zur Tabuisierung der Einheit, den Umschichtungen im Nationsbegriff, aber auch zu den herangezogenen Quellen gestellt. Zur Rolle von Zeitzeugen für ihre Untersuchung gab die Referentin zu bedenken, dass Erfahrungen und Wahrnehmungen, die mehr als 40 Jahre zurückliegen, mit Vorsicht zu bewerten seien. Zudem stünden in ausreichendem Maße zeitgenössische Berichte über die Ost-West-Begegnungen im Jugend- und Studentenbereich zur Verfügung.

2.) Über „Theorie und Praxis der ‚besonderen Gemeinschaft‘. Der Ost-West-Dialog zwischen BEK und EKD in den Jahren 1967 bis 1989“ referierte Dr. Anke Silomon (Berlin). Trotz der Gründung des BEK in der DDR 1969 wollte man die Beziehungen zwischen den Kirchen in beiden deutschen Staaten nicht preisgeben. Aus diesem Grunde wurde im gleichen Jahr die sog. Beratergruppe eingerichtet, die der praktischen Wahrnehmung gemeinsamer kirchlicher Aufgaben auf der gesamtkirchlichen Ebene dienen sollte. Die Beratergruppe kam

über ihren ursprünglichen Status eines Forums für den wechselseitigen Austausch von Situationsberichten nicht hinaus. Eine stärker koordinierende Funktion, die sie im Rahmen der Bildung einer Vereinigten Evangelischen Kirche (VEK) hätte übernehmen sollen, kam wegen deren Scheiterns nicht zustande. 1980 wurde zudem die Konsultationsgruppe installiert, die ergebnisorientierte gemeinsame Arbeit leistete; sie sollte vor allem klären, welche Rolle der Kirche in der Friedensfrage zukomme. Wie Silomon an Beispielen zeigte, war es sowohl für die Berater- als auch die Konsultationsgruppe immer schwierig, sich gemeinsam zu äußern. So führte die Stellungnahme von Landesbischof Johannes Hempel gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen 1983 zu Kontroversen in der Konsultationsgruppe und zu dem Vorwurf, die Kirche in der DDR sei gleichgeschaltet und missachte die Bedrohung durch russische Raketen. Silomon meinte bilanzierend, dass die evangelischen Kirchen zwar an ihrer Gemeinschaft festgehalten, sich aber dennoch „aus den Augen verloren“ hätten.

Silomons Befund, dass die Berater- und die Konsultationsgruppe keinen „Modellcharakter“ für die Praxis der „besonderen Gemeinschaft“ entwickelt haben, wurde aus dem Kreis der anwesenden Zeitzeugen relativiert. Ein Konzept dafür zu entwerfen sei nicht Aufgabe der Gruppen gewesen, zudem habe man in der damaligen Situation dies auch nicht als Defizit empfunden.

3.) Mit der Vorbereitung und Planung zu einer „Vereinigten Evangelischen Kirche in der DDR“ seit 1979 beschäftigte sich Dr. Peter Beier (Berlin) in seinem Referat „Über ‚Kirchwerdung‘ im Zeichen der deutschen Teilung. Die Verfassungsreformen von EKD und BEK als Anfrage an ihre ‚besondere Gemeinschaft‘“. Der Referent erläuterte Probleme, die im Zusammenhang mit der geplanten VEK in der DDR von 1979 bis 1984 erörtert wurden. Da deren Bildung die Auflösung des BEK, der Evangelischen Kirche der Union (EKU) und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (VELK) zugunsten des neuen Zusammenschlusses vorgesehen hätte, erhob sich die Frage, ob und wie deren vielfältige Ost-West-Aktivitäten im Bereich der „besonderen Gemeinschaft“ auch künftig ohne Substanzverlust fortgeführt werden könnten. Diese Frage wurde vor allem von der EKU problematisiert, die nicht nur enge Kontakte zwischen ihrem Ost- und Westbereich pflegte, sondern zu einer solchen Gemeinschaft nach ihrer Ordnung auch verpflichtet war. Die Versuche, diese Spannung aufzulösen, lassen sich drei Modellen zuordnen. Dem ersten Lösungsversuch lag ein „Übertragungsmodell“ zugrunde, das vorsah, die Aufgaben im Bereich der „besonderen Gemeinschaft“ auf die angestrebte VEK zu übertragen und von dieser als Gemeinschaftsaufgaben wahrnehmen zu lassen. Während die EKU ihrer „besonderen Gemeinschaft“ eine grundsätzlich theologische Bedeutung beimaß, vertrat die VELK ein lediglich aufgabenorientiertes Verständnis, wonach sich Umfang und Inhalt ihrer Wahrnehmung an den im Interesse der Evangeliumsverkündigung gemeinsam zu erledigenden Aufgaben orientierten. Aufgrund der Einsicht in die Problematik dieses Modells wurde dieses nicht mehr weiter verfolgt, sondern durch ein Integrationsmodell ersetzt. Nach diesem Modell blieb die Wahrnehmung der „besonderen Gemeinschaft“ bei den bisherigen Trägern, während die

Gesamtkirche, zunächst der Kirchenbund, später die geplante VEK selbst, vor allem eine Koordinierungsfunktion übernehmen sollte. Das dritte Modell – als Fortführungsmodell bezeichnet – ging auf Überlegungen innerhalb der EKU zurück und sah vor, dass die EKU die Aufgaben und Aktivitäten ihrer „besonderen Gemeinschaft“ uneingeschränkt selbst weiterführe; damit verbunden war die Vorstellung von einem ekklesialen, rechtlichen und institutionellen Weiterbestehen der EKU (Bereich DDR). Dieses Modell fand keinen Eingang in die beiden Beschlussvorlagen, mit denen im Herbst 1981 der Weg zu einer VEK hätte beschritten werden sollen. Da die beiden ersten Modelle inzwischen verworfen worden waren, war die Bildung einer VEK in der DDR durch das unge löste Problem der „besonderen Gemeinschaft“ gestoppt worden; die Versuche scheiterten zwei Jahre später nach vergeblicher Problembewältigung 1983 an den sehr unterschiedlichen Positionen endgültig.

In der Diskussion zeigte sich, dass die Initiativen für eine VEK dem Bewusstsein in den Gemeinden hinterherliefen, denn dort dachte man, man befände sich bereits in einer gemeinsamen Kirche.

4.) Unter dem Titel „Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume“ beschrieb Dr. Katharina Kunter (Berlin) „gesellschaftspolitisches Engagement von Christen und Kirchen in Deutschland 1980–1993“. Sie stellte die Frage, ob Partnerschaft und Austausch über die innerdeutsche Grenzen hinweg überhaupt möglich gewesen sei, am Beispiel eines deutsch-deutschen Kreises, dem u.a. die Theologieprofessoren Ulrich Duchrow und Konrad Raiser, Gerhard Liedke (FEST), Propst Heino Falcke, Pfarrer Friedrich Schorlemmer und Präses Reinhard Höppner angehörten. Dieser Kreis setzte sich für das Zustandekommen des konziliaren Prozesses in beiden deutschen Staaten und in der Ökumene ein; er war getragen von dem Grundgedanken, dass sich Glaube und Politik aufeinander bezögen, von der Vision eines demokratischen Sozialismus und der Einsicht in die Notwendigkeit von Initiativen gegen Massenvernichtungsmittel. 1990 übte der Kreis mit der „Berliner Erklärung von Christen aus beiden deutschen Staaten“ Kritik an der „Loccumer Erklärung“ und den kirchlichen Wiedervereinigungsplänen. 1997 forderte er, gemeinsam mit anderen, in der „Erfurter Erklärung“ die Verwirklichung der sozialen Menschenrechte und einen gesellschaftlichen Aufbruch. Auf der Ebene der kirchlichen Basis untersuchte die Referentin die aus der Friedensbewegung entstandene Partnerschaft zwischen der Samariter-Gemeinde (Pfarrer Rainer Eppelmann) im Osten und einer Spandauer Gemeinde im Westen Berlins. In den 80er Jahren kam es zu vielfältigen Aktivitäten. Nach der Wiedervereinigung 1990 (Eppelmann wurde Verteidigungsminister und wechselte zum „Demokratischen Aufbruch“) brachen aber tiefgreifende Differenzen auf; es zeigte sich, dass viele Übereinstimmungen nur auf einer sehr oberflächlichen Ebene bestanden hatten. Der Einsatz für den konziliaren Prozess läßt sich als Ausdruck des Unbehagens von Protestanten am konkret erlebten politisch-gesellschaftlichen Zustand in beiden deutschen Staaten deuten. Diejenigen Gruppen aber, die sich dafür engagierten, waren letztlich eine Minderheit, deren Position Kunter aber für bedenkens- und untersuchungswert hielt.

5.) Als Beispiel für die „Evangelische Presse in der SBZ/DDR“ stellte Jens Bulisch (Leipzig) die Zeitschrift „Die Zeichen der Zeit“ (1947–1990) vor. Betrachte man die Geschichte dieser Zeitschrift, die seit 1947 für kirchliche Mitarbeiter erschien, dann erhalte man nicht nur Aufschluss über Einengungen evangelischer Pressearbeit, sondern auch über Handlungsspielräume der evangelischen Kirche. Bulisch beschäftigte sich in seinen Ausführungen hauptsächlich allem mit den Spannungen im Hinblick auf die Zusammensetzung von Redaktion und Autoren. Vor allem bei den in der Zeitschrift abgedruckten „Predigtmeditationen“ führte das starke Übergewicht von Beiträgern aus Berlin-Brandenburg 1953 zu Verstimmungen bei den lutherischen Landeskirchen. Trotz Einspruchs von Seiten der sächsischen Landeskirche änderte sich an dieser Unausgewogenheit in den folgenden Jahren nichts. Zudem vermerkte Bulisch kritisch, der Redaktion sei es in den 50er Jahren nicht gelungen, die „Vielfalt ihrer Leser“ und die „Vielfalt der Autoren“ zu berücksichtigen und zu sichern. Dieser Vorwurf löste Widerspruch aus; kritisiert wurde, dass Bulisch nicht den Gründen für die Zurückweisung von Artikeln sowie für das von ihm monierte Fehlen eines „Gespräch mit der Welt“ nachgegangen sei. Eine anwesende langjährige Redakteurin der Zeitschrift verwies darauf, dass in Bulischs Arbeit die staatlichen Zensurmaßnahmen und Auflagen viel zu wenig berücksichtigt worden seien.

Am Ende der Tagung stand je ein bilanzierender und ein prospektiver Vortrag von Prof. Dr. Martin Greschat (Münster) und Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser (Marburg). Beide Referate sind im Wortlaut abgedruckt auf S. 16–26 bzw. 27–42.

Begleitet wurde die wissenschaftliche Tagung von zwei öffentlichen Veranstaltungen. Prof. Dr. Dr. Richard Schröder (Berlin) plädierte in seinen Bemerkungen über „Irritationen im geeinten Deutschland. Das schwierige Erbe der Teilung und die Kirchen“ dafür, immer noch herrschenden Legenden Einhalt zu gebieten. Auf einer Podiumsdiskussion diskutierten unter der Moderation von Jürgen Engert: Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, Studienleiterin Ulrike Poppe, Präses Dr. Jürgen Schmude, Oberkirchenrat i.R. Martin Ziegler, Dr. Wolfgang Schäuble und Prof. Dr. Lothar Bisky über „Die politische Rolle der evangelischen Kirchen im geteilten Deutschland“.

Weitgehende Einigkeit zeigte das Podium in der Auffassung von der quantitativen und qualitativen Bedeutung der Kontakte der Kirchen im geteilten Deutschland. Eher kontrovers wurde das Verhältnis der Gruppen zur Kirche angesehen. Poppe beschrieb dieses als nicht frei von Konflikten; zwar konnte man unter dem Dach der Kirche einigermaßen unabhängig vom Staat agieren, andererseits stellte der Staat zwischen sich und die „Staatsfeinde“ die Kirche, damit diese dafür sorgte, dass vorgegebene Auflagen auch eingehalten wurden. Von Seiten des PDS-Mitgliedes Lothar Bisky wurde eingeräumt, dass eine gewisse Wirkung kirchlich orientierter Gruppen bis hinein in seinen Arbeitsbereich als Professor an der Filmhochschule in Babelsberg zu spüren gewesen sei.

Dass unter den Diskutanten insgesamt viel Einmütigkeit herrschte, könnte darauf hindeuten, dass die Phase der öffentlichen Auseinandersetzung über die Rolle der Kirche in den beiden deutschen Staaten vorüber zu sein scheint. Die

wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Abschnittes der Kirchlichen Zeitgeschichte ist indes noch lange nicht abgeschlossen.

Die Arbeiten von Peter Beier, Jens Bulisch, Katharina Kunter, Claudia Lepp und Anke Silomon erscheinen voraussichtlich 2002/3.

Erste Ergebnisse des Forschungsprojektes finden sich im dem Sammelband: LEPP, Claudia/NOWAK, Kurt (Hg.): *Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90)*. Göttingen 2000.